

Arbeiter beim Bürgermeister. Neue Forderungen der Gemeindebediensteten.

Eine Abordnung der Arbeiter und Bediensteten der Gemeinde und der städtischen Unternehmungen unter der Führung des Landesauschusses Krunschaf erschien gestern beim Bürgermeister Dr. Weiskirchner und überreichte ihm nachstehende Denkschrift:

Die natürlichen Wirkungen des Krieges, verschärft durch den immer schamloser auftretenden Wucher und den ins ungeheuerliche entwickelten Schleichhandel haben die Existenzverhältnisse der öffentlichen Angestellten, insbesondere aber jene der unteren Bedienstetenkategorien, geradezu trostlos gestaltet. Die gewählten Vertreter der Arbeiter und Bediensteten der Gemeinde Wien um ihrer Unternehmungen anerkennen dankbar, daß die Gemeindeverwaltung im Verlauf des Krieges durch zahlreiche Maßnahmen und Aufwendung großer Summen redlich bestrebt war, ihren Angestellten das Ertragen der Kriegsnöte möglichst zu erleichtern. Leider wirken aber der Krieg und dessen Begleiterscheinungen fortgesetzt im gegenteiligen Sinne. Kurz nach der von der Gemeindeverwaltung Ende Juli dieses

Jahres durchgeführten Aktion zum Nutzen der städtischen Angestellten erfolgte durch die Regierung die Erhöhung des Brot- und Mehlpreises. Zudem stehen wir unmittelbar vor der Erhöhung des Preises von Zucker, Kohle und Petroleum, während die übrigen Bedarfsartikel nur mehr zu fabelhaften Preisen erhältlich sind. Diese Tatsachen sowie der Umstand, daß die Unzulänglichkeit des staatlichen Ernährungsdienstes die Angestellten dem Schwarzhandel als wehrlose Opfer überantwortet, zwingen uns, Eure Exzellenz als Chef der Wiener Gemeindeverwaltung dringend um Hilfe in unserer überaus bedrängten Lage zu bitten und nachstehende Maßnahmen zur Besserung des Notstandes in Anregung zu bringen:

1. Ausbezahlung des für November in Aussicht genommenen Anschaffungsbeitrages noch im Laufe dieses Monats.
2. Gewährung eines vierten Anschaffungsbeitrages und dessen Ausbezahlung im Dezember dieses Jahres.
3. Gewährung von Lohn- und Gehaltszulagen bei gleichzeitiger Umwandlung eines Teiles der bisherigen Kriegszulagen in Lohn und Gehalt.
4. Doppelte Anrechnung der Kriegsjahre.
5. Erhöhte Vereinstellung von nicht staatlich bewirtschafteten Lebensmitteln.
6. Beschaffung von Schuhen und Brennmaterial.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte, daß sich der Stadtrat mit dem Wunsche der Ausbezahlung des für November in Aussicht genommenen Anschaffungsbeitrages noch im Laufe dieses Monats bereits in der für Donnerstag dieser Woche anberaumten Sitzung beschäftigen werde. Zur endgültigen Genehmigung werde in kürzester Zeit der Gemeinderat einberufen werden. Auch die Gewährung von Lohn- und Gehaltszulagen bei gleichzeitiger Umwandlung eines Teiles der bisherigen Kriegszulagen in Lohn und Gehalt werde den Stadtrat demnächst beschäftigen. Die gewünschte doppelte Anrechnung der Kriegsjahre, insbesondere bei der Einrechnung in die Pension, werde in ernste Erwägung gezogen. Der Bürgermeister sprach die Erwartung aus, daß sich auch in dieser Frage in kürzester Zeit eine befriedigende Lösung finden werde. Hinsichtlich der erhöhten Vereinstellung von Lebensmitteln erklärte der Bürgermeister, daß dem Stadtrat sofort Vorschläge unterbreitet werden sollen, um den Bedarf an Kartoffeln und Kohle für den Winter an die Arbeiter und Bediensteten der Gemeinde und der städtischen Unternehmungen sicherzustellen. Da die erforderlichen Beträge größere Summen ausmachen, so werden Bahnanwartsleistungen vorgeschlagen werden. Soweit es möglich sein werde, werde auch versucht werden, andere Lebensmittel beizustellen. Wegen Schuhe und Kleider werden die bereits begonnenen Verhandlungen mit der Regierung und dem Volksbekleidungsamt fortgesetzt werden.